

Sodan
Grundgesetz

Beck'sche Kompakt-Kommentare

Grundgesetz

Herausgegeben von

Dr. Helge Sodan

Universitätsprofessor a. D.
Präsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin a. D.
Direktor des Deutschen Instituts für Gesundheitsrecht

Bearbeitet von

Dr. Andreas Haratsch

Universitätsprofessor an der
FernUniversität in Hagen

Dr. Ralf P. Schenke

Universitätsprofessor an der
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Dr. Walter Georg Leisner

Professor an der Freien Universität Berlin
Rechtsanwalt, München

Dr. Stefanie Schmahl LL.M.

Universitätsprofessorin an der
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Dr. Helge Sodan
Universitätsprofessor a. D.

5., wesentlich überarbeitete Auflage 2024



Zitiervorschlag
Sodan/Bearbeiter GG Art. ... Rn. ...

beck.de

ISBN 978 3 406 81603 1

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH
Gutenbergstraße 8, 93051 Regensburg
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlag: fernlicht kommunikationsdesign, Gauting



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem
Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Bearbeiterverzeichnis

- Andreas Haratsch** Art. 70–80, 81–87, 87c–91, 92–100, 122–130, 133, 143–143b, 143e
- Walter Georg Leisner** Präambel, Art. 20–22, 27–31, 33–44, 45c–58, 60–65, 66–69, 118–119, 121, 131, 132, 136–139
- Ralf P. Schenke** Vorb. Art. 91a, Art. 91a–91e, Vorb. Art. 104a, Art. 104a–115, 120, 120a, 134–135a, 143c, 143d, 143f, 143g
- Stefanie Schmahl** Art. 23–26, 32, 45–45b, 59, 65a, 80a, 87a, 87b, 115a–116, 140, 141, 144–146
- Helge Sodan** Vorb. Art. 1, Art. 1–19, 101–104, 117, 142

Vorwort

Ein 75. Geburtstag ist nicht nur für einen Menschen ein besonderes Ereignis, sondern auch für eine Verfassung. Dem Parlamentarischen Rat war es bei seiner Arbeit 1948/49 darum gegangen, mit dem am 23.5.1949 verkündeten Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland lediglich ein Provisorium zu schaffen. Denn damit sollte bereits ausweislich der ursprünglichen Fassung der Präambel dem staatlichen Leben nur für eine Übergangszeit eine neue Ordnung gegeben werden.

Die Präambel aF forderte das gesamte Deutsche Volk auf, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Dieses verfassungsrechtliche Wiedervereinigungsgebot wurde nach der friedlichen Revolution in der DDR durch deren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990 gem. Art. 23 S. 2 GG aF erfüllt. Die daraufhin geänderte Präambel des Grundgesetzes formuliert nunmehr, dass die Deutschen in den im Einzelnen genannten 16 Ländern „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet“ haben; damit „gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk“ (vgl. auch Art. 146 GG nF). Aus dem westdeutschen Provisorium, das in der Zwischenzeit zu einer Dauerverfassung herangereift war, wurde also eine gesamtdeutsche Verfassung. Darin ist die bedeutendste Entwicklung des Grundgesetzes in den letzten 75 Jahren zu sehen. Dennoch vollzog sich dieser Prozess insgesamt gesehen in verfassungsrechtlicher Kontinuität. Diese Kontinuität wird durch das Grundgesetz selbst bereits dadurch erzwungen, dass es in Art. 79 III jede Änderung, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Art. 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, für unzulässig erklärt. Mit dieser „Ewigkeitsgarantie“ werden dem verfassungsändernden Gesetzgeber zur Wahrung der Grundlagen der Verfassung materielle Schranken gesetzt. Im Übrigen bedürfen Änderungen des Grundgesetzes nach seinem Art. 79 II der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates. Damit wurde eine hohe Hürde errichtet, deren Überwinden einen breiten politischen Konsens erfordert.

Zu einer grundlegenden Umgestaltung des Grundgesetzes gab und gibt es allerdings keinen Anlass. Das Grundgesetz kann für sich in Anspruch nehmen, die „freiheitlichste, stabilste und erfolgreichste Verfassung“ in der Geschichte Deutschlands zu sein (Deppenheuer, Die Politische Meinung, Nr. 460 v. März 2008, 15). Mit den bislang insgesamt 68 Gesetzen zur Änderung des Grundgesetzes, die sich auf einen Zeitraum von über sieben Jahrzehnten verteilen, wollten die Verfassungsgeber Bundestag und Bundesrat jeweils auf neue Herausforderungen reagieren. Dazu gehört ein Änderungsgesetz von 1992, welches den heutigen Art. 23 I 1 eingefügt hat. Dieser enthält einen verbindlichen Verfassungsauftrag an alle staatlichen Stellen, zur Verwirklichung eines vereinten Europas bei der Entwicklung der EU mitzuwirken. Das

Vorwort

Grundgesetz formuliert allerdings für die Integration Vorbehalte und Bedingungen. Die Union muss auf den gleichen Grundprinzipien beruhen wie die Bundesrepublik Deutschland, dh „demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen sowie föderativen Grundsätzen“ verpflichtet sein. Art. 23 I 1 erlaubt ferner nur die Mitwirkung an einer EU, die „einem diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet“; der Grundrechtsschutz auf der Ebene der EU wird materiell-rechtlich durch Art. 6 III EUV und die GRCh gesichert (dazu näher → Art. 23 Rn. 13 ff., → Art. 93 Rn. 42a ff.). Der Verfassungsauftrag des Art. 23 I 1 wird wesentlich durch die Mitgestaltung des primären und sekundären Unionsrechts, die Übertragung von Hoheitsrechten sowie die Umsetzung und Beachtung des Unionsrechts erfüllt.

Zu Änderungen des bundesstaatlichen Gefüges kam es insbes. durch die sog. Föderalismusreform I von 2006, durch die vor allem Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen modifiziert wurden, und die sog. Föderalismusreform II von 2009, welche die Bund-Länder-Finanzbeziehungen modernisiert und u.a. die sog. Schuldenbremse eingeführt hat, deren verfassungsrechtliche Verankerung in jüngster Zeit eine kontroverse politische Diskussion ausgelöst hat. Weitere Föderalismusreformen folgten 2017 und 2019.

Zu einem gewissen Wandel im Verfassungsrecht hat jedoch auch das BVerfG mit der Auslegung und Anwendung von Verfassungsbestimmungen wesentlich beigetragen. Es „gibt dem Geltungsanspruch der Verfassung institutionell Ausdruck und verleiht ihrem Vorrang Durchsetzungskraft. [...] Das Staatsleben und die Jurisprudenz, die Tätigkeit von Behörden und Gerichten sind in Breite und Tiefe in früher kaum vorstellbarem Ausmaß durch das Grundgesetz bestimmt und damit dem maßgebenden Einfluß der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts unterworfen. Dessen Autorität fußt auf der Autorität der Verfassung und stärkt diese durch die Überzeugungskraft seiner Entscheidungen, mit denen es die Geltungskraft des Grundgesetzes durch verbindliche Auslegung und Rechtsfortbildung sichert“ (Badura/Dreier, FS 50 Jahre BVerfG I, 2001, V). Die amtliche Sammlung der BVerfGE, welche die wichtigsten Urteile und Beschlüsse des BVerfG aus mittlerweile mehr als sieben Jahrzehnten enthält, umfasst aktuell 165 Bände. Die Alltagsarbeit des Gerichts, die von in beiden Senaten gebildeten Kammern bewältigt wird, besteht seit langem in der Bearbeitung einer Fülle von Verfassungsbeschwerden, deren Zahl zuletzt für das Jahr 2023 bei über 4.000 lag. Obwohl die Erfolgsquote bei Rügen von Grundrechtsverletzungen sehr gering ist und zuweilen bei unter 2 Prozent im Jahr liegt, erfreuen sich Verfassungsbeschwerden bei Rechtsschutzsuchenden weiterhin großer Beliebtheit.

Die besondere Bedeutung der Grundrechtsvorschriften wird schon dadurch deutlich, dass diese das Grundgesetz – anders noch als die WRV und nunmehr ganz in der nordatlantisch-westeuropäischen Verfassungstradition – nach der Präambel in seinem Abschn. I (Art. 1 bis 19) sogleich an die Spitze der Verfassung stellt. In Art. 1 II bekennt sich das Deutsche Volk „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“. Nach Art. 1 III binden die nachfolgenden Grundrechte „Gesetzgebung, vollziehen-

de Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht“. Nach der Rspr. des BVerfG bilden die Grundrechte „einen untrennbaren Teil der Verfassung; sie sind der eigentliche Kern der freiheitlich-demokratischen Ordnung des staatlichen Lebens im Grundgesetz“ (BVerfGE 31, 58 (73)). Unter dem Einfluss der dominierenden Judikatur des BVerfG ist die Bundesrepublik Deutschland längst zur „Grundrechtsrepublik Deutschland“ geworden (Hufen NJW 1999, 1504).

Bereits im sog. Lüth-Urteil des BVerfG aus dem Jahr 1958 folgt der Betonung der primären Funktion der Grundrechte als Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat der Hinweis auf eine im Grundrechtsabschnitt des Grundgesetzes auch errichtete „objektive Wertordnung“, in der „eine prinzipielle Verstärkung der Geltungskraft der Grundrechte zum Ausdruck kommt“ (BVerfGE 7, 198 (205)). Eine wichtige Konsequenz der Deutung der Grundrechte als objektive Wertordnung ist etwa die vom BVerfG schon vor Jahrzehnten vorgenommene Begründung staatlicher Schutzpflichten. Insgesamt bietet das BVerfG eine sehr ausdifferenzierte Judikatur zu verschiedenen Schutzrichtungen der Grundrechte (→ Vorb. Art. 1 Rn. 9 ff.), deren wissenschaftliche Aufarbeitung zu einer kaum noch überschaubaren Fülle von Schrifttum geführt hat. Bereits darin lässt sich eine besondere Wertschätzung für das Grundgesetz sowie die für dessen Auslegung und Anwendung zuständige Rspr. des BVerfG erkennen.

Wiederholt ist es seit Verkündung des Grundgesetzes zu Verfassungsänderungen gekommen, welche den Grundrechtsteil betreffen und mit denen der Verfassungsgeber auf neue Herausforderungen reagieren wollte. Gerade die umfangreichen und sehr detaillierten Regelungen zur Unverletzlichkeit der Wohnung in Art. 13 (1998) oder zum Asylrecht in Art. 16a GG (1993) zeigen beispielhaft jedoch, wie berechtigt der mahnende Hinweis ist, die „große Kunst der Verfassungsgebung“ bestehe „darin, nicht zu viel zu verfassen“ (Merten, Basta – Neue Aphorismen zu Staat und Recht, Individuum und Gemeinschaft, 2007, 13). Diesem Ideal für die Erarbeitung einer Verfassung sind die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 sicherlich gerecht geworden. Ob dies auch in gleichem Maße für den modernen verfassungsändernden Gesetzgeber gilt, ist allerdings nicht selten zweifelhaft. Schon vor etwa 25 Jahren wurde kritisch angemerkt, Art. 13, ursprünglich eine schlichte Fassung des Grundsatzes „My home is my castle“, lese „sich jetzt wie ein steuerlicher Ausführungserlaß“ (Zuck NJW 1999, 1517 (1519)).

Unabhängig von solchen Einzelfragen ist das Grundgesetz jedenfalls für die Zukunft gut aufgestellt und ein sicheres Fundament für eine wehrhafte Demokratie. Neben dem Widerstandsrecht des Art. 20 IV und anderen Vorschriften der sog. Notstandsverfassung trägt zur Wehrhaftigkeit insbes. Art. 21 mit seinen Abs. 2 bis 4 bei. Gem. Art. 21 II sind „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, [...] verfassungswidrig“. Durch Änderungsgesetz v. 13.7.2017 wurde Art. 21 III eingefügt, der bestimmt, dass Parteien, welche die Voraussetzungen von Art. 21 II erfüllen, von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen sind; im Falle

Vorwort

der Feststellung eines Ausschlusses „entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien“. Dem BVerfG obliegt die Entscheidung über die Frage der Verfassungswidrigkeit und über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung (Art. 21 IV). Nach der Rspr. des BVerfG stellt das Parteiverbot „die schärfste und überdies zweischneidige Waffe des demokratischen Rechtsstaats gegen seine organisierten Feinde dar. Es soll den Risiken begegnen, die von der Existenz einer Partei mit verfassungsfeindlicher Grundtendenz und ihren typischen verbandsmäßigen Wirkungsmöglichkeiten ausgehen“ (BVerfGE 144, 20 (Ls. 1)).

Die Autoren des vorliegenden Kompakt-Kommentars zum Grundgesetz freuen sich, aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums der Verfassung eine wesentlich überarbeitete und aktualisierte Neuauflage vorzulegen.

Zur Konzeption des Kommentars gelten folgende Ausführungen aus dem Vorwort zur ersten Auflage von 2009 auch weiterhin:

„Für viele Menschen, die sich täglich mit einer Flut von Informationen konfrontiert sehen, ist Zeit zu einem kostbaren Gut geworden. Dies gilt im juristischen Bereich besonders für die Ausbildung und Praxis und damit für Personengruppen, an die sich der Kommentar vornehmlich wendet: Studierende an Universitäten und Fachhochschulen, Referendare, Rechtsanwälte, Richter sowie diejenigen, welche sich im politischen Bereich mit Verfassungsfragen beschäftigen. Sie alle können zwar bei Bedarf auf eine große Zahl von Kommentaren zum Grundgesetz zurückgreifen, die überwiegend sehr umfangreich sind und deren Wert unbestritten ist. Nicht selten wird jedoch ein schneller und sicherer erster Zugriff auf das komplexe deutsche Verfassungsrecht zur Beantwortung einer Auslegungsfrage benötigt. Dabei will der neue Kommentar mit einer bewusst knapp gehaltenen und auf das Wesentliche konzentrierten Darstellung helfen. Angesichts des breiten Spektrums von den Grundrechtvorschriften bis zur Finanzverfassung sollen – losgelöst von den behandelten Einzelproblemen – gerade auch die Strukturen des Verfassungsrechts aufgezeigt werden. Weil die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht nur die juristische Praxis, sondern auch die Rechtswissenschaft nachhaltig prägt, orientieren sich die einzelnen Erläuterungen vornehmlich an dieser Judikatur, ohne allerdings auf kritische und weiterführende Hinweise zu verzichten. Von Literaturübersichten und umfangreichen Nachweisen aus dem ohnehin kaum noch überschaubaren Schrifttum haben die Autoren dieses Kommentars bewusst abgesehen. Die Literaturzitate, die sich aus Platzgründen nicht in Fußnoten, sondern in Klammerzusätzen im Text befinden, beschränken sich – auch im Interesse der Lesbarkeit der gesamten Darstellung – auf einige besonders wesentliche Beiträge. Entsprechendes gilt für die Wiedergabe von Einzelfällen aus der Rechtsprechung. Auch insoweit war hier eine Auswahl erforderlich.“

Die Neuauflage berücksichtigt nicht nur aktuelle Rspr. und Literatur, sondern vor allem auch die seit der Voraufgabe beschlossenen verfassungsändernden Gesetze. Dabei handelt es sich um das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104b, 104c, 104d, 125c, 143e) v. 28.3.2019, das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b) v. 15.11.2019, das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104a und 143h) v. 29.9.2020,

das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a) v. 28.6.2022 sowie das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82) v. 19.12.2022. Von den zahlreichen, seit der Voraufgabe ergangenen Entscheidungen des BVerfG verdienen besondere Erwähnung: die beiden Beschl. jew. v. 6.11.2019 zum „Recht auf Vergessen“ mit wesentlichen Aussagen zum Schutz durch die GRCh, der Beschl. v. 14.1.2020 zur Verfassungsmäßigkeit des Kopftuchverbots für Rechtsreferendarinnen, das Ur. v. 26.2.2020 zur Verfassungswidrigkeit des Verbots der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung, das Ur. v. 5.5.2020 zur Kompetenzwidrigkeit der Beschlüsse der EZB zum Staatsanleihekaufprogramm, der sog. Klimaschutz-Beschl. v. 24.3.2021, der Beschl. v. 19.11.2021 zum Recht auf schulische Bildung, der Beschl. v. 27.4.2022 zur Pflicht, eine COVID-19-Schutzimpfung nachzuweisen, das Ur. v. 15.6.2022 zum Recht auf Chancengleichheit der politischen Parteien, der Beschl. v. 21.7.2022 zur Vornahme von Impfungen gegen Masern bei entwicklungsbedingt noch nicht selbst entscheidungsfähigen Kindern, der Beschl. v. 29.9.2022 zum sog. Tierarztvorbehalt, das Ur. v. 16.2.2023 zur automatisierten Datenanalyse, das Ur. v. 15.11.2023 zur Nichtigkeit des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2021, das Ur. v. 23.1.2024 zum Ausschluss einer politischen Partei von der staatlichen Finanzierung und das Ur. v. 30.7.2024 zum Bundeswahlgesetz 2023.

Für sehr wertvolle Unterstützung bei der Überarbeitung von Kommentierungen zu Vorschriften über Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte für die Neuauflage gilt ein herzlicher Dank meinen früheren wissenschaftlichen Mitarbeitern am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin: Herrn Dipl.-Jur. Antonio Cerminara, Herrn Dipl.-Jur. Christian Janssen und Herrn Staatsanwalt Jann Schmitt. Ein diesbezüglicher Dank gilt ferner Herrn David Constantin Schmitz, studentischer Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, darüber hinaus vor allem für ausdauernde redaktionelle Durchsichten der Manuskripte sowie für Aktualisierungen des Abkürzungsverzeichnisses und des Stichwortverzeichnisses.

Für die wohlwollende und zuverlässige Förderung des Kommentars danken seine Autoren Herrn Rechtsanwalt Dr. Rolf-Georg Müller, LL.M., und Frau Assessorin Elisabeth Becker, LL.M., Juristisches Lektorat des Verlages C.H.Beck.

Berlin, im Juli 2024

Helge Sodian

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Präambel (<i>Leisner</i>)	1
-----------------------------------	---

I. Die Grundrechte

Vorbemerkungen vor Art. 1: Allgemeine Grundrechtslehren (<i>Sodan</i>) ..	5
Art. 1 [Menschenwürde; Menschenrechte; Grundrechtsbindung] (<i>Sodan</i>)	34
Art. 2 [Freie Entfaltung der Persönlichkeit; Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit; Freiheit der Person] (<i>Sodan</i>) ...	53
Art. 3 [Gleichheit vor dem Gesetz] (<i>Sodan</i>)	77
Art. 4 [Glaubensfreiheit; Gewissensfreiheit; Kriegsdienstverweigerung] (<i>Sodan</i>)	95
Art. 5 [Meinungs-, Informations-, Presse-, Rundfunk-, Film-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit] (<i>Sodan</i>)	109
Art. 6 [Ehe und Familie; Elternrecht; Mutterschutz; nichteheliche Kinder] (<i>Sodan</i>)	135
Art. 7 [Schulwesen] (<i>Sodan</i>)	150
Art. 8 [Versammlungsfreiheit] (<i>Sodan</i>)	159
Art. 9 [Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit] (<i>Sodan</i>)	168
Art. 10 [Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis] (<i>Sodan</i>)	183
Art. 11 [Freizügigkeit] (<i>Sodan</i>)	193
Art. 12 [Berufsfreiheit] (<i>Sodan</i>)	200
Art. 12a [Dienstverpflichtungen] (<i>Sodan</i>)	227
Art. 13 [Unverletzlichkeit der Wohnung] (<i>Sodan</i>)	233
Art. 14 [Eigentum; Erbrecht; Enteignung] (<i>Sodan</i>)	243
Art. 15 [Vergesellschaftung] (<i>Sodan</i>)	268
Art. 16 [Ausbürgerung; Auslieferung] (<i>Sodan</i>)	272
Art. 16a [Asylrecht] (<i>Sodan</i>)	279
Art. 17 [Petitionsrecht] (<i>Sodan</i>)	290
Art. 17a [Grundrechtseinschränkungen in besonderen Fällen] (<i>Sodan</i>)	293
Art. 18 [Verwirkung von Grundrechten] (<i>Sodan</i>)	294
Art. 19 [Grundrechtseinschränkung; Grundrechtsträger; Rechtsschutz] (<i>Sodan</i>)	296

Inhaltsverzeichnis

II. Der Bund und die Länder

Art. 20	[Bundesstaatliche Verfassung; Widerstandsrecht] (<i>Leisner</i>) ..	317
Art. 20a	[Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere] (<i>Leisner</i>)	349
Art. 21	[Parteien] (<i>Leisner</i>)	355
Art. 22	[Bundeshauptstadt; Bundesflagge] (<i>Leisner</i>)	373
Art. 23	[Verwirklichung der Europäischen Union; Beteiligung des Bundestages, des Bundesrates] (<i>Schmahl</i>)	375
Art. 24	[Zwischenstaatliche Einrichtungen; kollektives Sicherheitssystem] (<i>Schmahl</i>)	411
Art. 25	[Allgemeines Völkerrecht als Bestandteil des Bundesrechts] (<i>Schmahl</i>)	425
Art. 26	[Verbot des Angriffskrieges] (<i>Schmahl</i>)	437
Art. 27	[Handelsflotte] (<i>Leisner</i>)	443
Art. 28	[Verfassung der Länder] (<i>Leisner</i>)	444
Art. 29	[Neugliederung des Bundesgebietes] (<i>Leisner</i>)	455
Art. 30	[Funktionen der Länder] (<i>Leisner</i>)	460
Art. 31	[Vorrang des Bundesrechts] (<i>Leisner</i>)	463
Art. 32	[Auswärtige Beziehungen] (<i>Schmahl</i>)	466
Art. 33	[Staatsbürgerliche Rechte] (<i>Leisner</i>)	471
Art. 34	[Haftung bei Amtspflichtverletzung] (<i>Leisner</i>)	489
Art. 35	[Rechts- und Amtshilfe] (<i>Leisner</i>)	503
Art. 36	[Beamte der Bundesbehörden] (<i>Leisner</i>)	505
Art. 37	[Bundeszwang] (<i>Leisner</i>)	506

III. Der Bundestag

Art. 38	[Wahl] (<i>Leisner</i>)	509
Art. 39	[Zusammentritt und Wahlperiode] (<i>Leisner</i>)	526
Art. 40	[Präsident; Geschäftsordnung] (<i>Leisner</i>)	528
Art. 41	[Wahlprüfung] (<i>Leisner</i>)	531
Art. 42	[Öffentlichkeit der Sitzungen; Mehrheitsprinzip] (<i>Leisner</i>) ..	534
Art. 43	[Anwesenheit der Bundesregierung] (<i>Leisner</i>)	538
Art. 44	[Untersuchungsausschüsse] (<i>Leisner</i>)	540
Art. 45	[Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union] (<i>Schmahl</i>)	546
Art. 45a	[Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung] (<i>Schmahl</i>)	548
Art. 45b	[Wehrbeauftragter des Bundestages] (<i>Schmahl</i>)	550
Art. 45c	[Petitionsausschuss des Bundestages] (<i>Leisner</i>)	551
Art. 45d	Parlamentarisches Kontrollgremium (<i>Leisner</i>)	552
Art. 46	[Indemnität und Immunität der Abgeordneten] (<i>Leisner</i>) ..	553
Art. 47	[Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten] (<i>Leisner</i>) ..	556
Art. 48	[Ansprüche der Abgeordneten] (<i>Leisner</i>)	557
Art. 49	[aufgehoben]	560

IV. Der Bundesrat

Art. 50	[Aufgabe] (<i>Leisner</i>)	561
Art. 51	[Zusammensetzung] (<i>Leisner</i>)	562
Art. 52	[Präsident; Beschlussfassung; Bildung einer Europakammer] (<i>Leisner</i>)	563
Art. 53	[Teilnahme der Bundesregierung] (<i>Leisner</i>)	565

IVa. Gemeinsamer Ausschuß

Art. 53a	[Gemeinsamer Ausschuss] (<i>Leisner</i>)	567
----------	--	-----

V. Der Bundespräsident

Art. 54	[Wahl durch die Bundesversammlung] (<i>Leisner</i>)	571
Art. 55	[Berufs- und Gewerbeverbot] (<i>Leisner</i>)	572
Art. 56	[Amtseid] (<i>Leisner</i>)	573
Art. 57	[Vertretung] (<i>Leisner</i>)	574
Art. 58	[Gegenzeichnung] (<i>Leisner</i>)	574
Art. 59	[Völkerrechtliche Vertretungsmacht] (<i>Schmahl</i>)	575
Art. 60	[Ernennungs-, Entlassungs-, Begnadigungsrecht; Immunität] (<i>Leisner</i>)	592
Art. 61	[Anklage vor dem Bundesverfassungsgericht] (<i>Leisner</i>)	593

VI. Die Bundesregierung

Art. 62	[Zusammensetzung] (<i>Leisner</i>)	595
Art. 63	[Wahl des Bundeskanzlers] (<i>Leisner</i>)	597
Art. 64	[Ernennung der Bundesminister] (<i>Leisner</i>)	599
Art. 65	[Verantwortung] (<i>Leisner</i>)	601
Art. 65a	[Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte] (<i>Schmahl</i>)	605
Art. 66	[Berufs- und Gewerbeverbot] (<i>Leisner</i>)	607
Art. 67	[Misstrauensvotum] (<i>Leisner</i>)	608
Art. 68	[Auflösung des Bundestages] (<i>Leisner</i>)	609
Art. 69	[Stellvertreter des Bundeskanzlers; Amtszeiten] (<i>Leisner</i>)	612

VII. Die Gesetzgebung des Bundes

Art. 70	[Gesetzgebung des Bundes und der Länder] (<i>Haratsch</i>)	615
Art. 71	[Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes] (<i>Haratsch</i>)	621
Art. 72	[Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes] (<i>Haratsch</i>)	623
Art. 73	[Gegenstände der ausschließlichen Gesetzgebung] (<i>Haratsch</i>)	633
Art. 74	[Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung] (<i>Haratsch</i>)	642
Art. 74a	[aufgehoben] (<i>Haratsch</i>)	665
Art. 75	[aufgehoben] (<i>Haratsch</i>)	666
Art. 76	[Gesetzesvorlagen] (<i>Haratsch</i>)	667
Art. 77	[Verfahren bei Gesetzesbeschlüssen] (<i>Haratsch</i>)	673
Art. 78	[Zustandekommen von Bundesgesetzen] (<i>Haratsch</i>)	679
Art. 79	[Änderungen des Grundgesetzes] (<i>Haratsch</i>)	681

Inhaltsverzeichnis

Art. 80	[Erlass von Rechtsverordnungen] (<i>Haratsch</i>)	692
Art. 80a	[Spannungsfall; Bündnisfall] (<i>Schmahl</i>)	703
Art. 81	[Gesetzgebungsnotstand] (<i>Haratsch</i>)	706
Art. 82	[Verkündung und Inkrafttreten der Gesetze] (<i>Haratsch</i>)	712

VIII. Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung

Art. 83	[Grundsatz der Länderexekutive] (<i>Haratsch</i>)	721
Art. 84	[Länderverwaltung und Bundesaufsicht] (<i>Haratsch</i>)	724
Art. 85	[Auftragsverwaltung der Länder] (<i>Haratsch</i>)	729
Art. 86	[Bundeseigene Verwaltung] (<i>Haratsch</i>)	733
Art. 87	[Gegenstände der bundeseigenen Verwaltung] (<i>Haratsch</i>)	736
Art. 87a	[Streitkräfte] (<i>Schmahl</i>)	741
Art. 87b	[Bundeswehrverwaltung] (<i>Schmahl</i>)	752
Art. 87c	[Bestimmungen über Erzeugung und Nutzung der Kernenergie] (<i>Haratsch</i>)	754
Art. 87d	[Luftverkehrsverwaltung] (<i>Haratsch</i>)	756
Art. 87e	[Eisenbahnen des Bundes] (<i>Haratsch</i>)	758
Art. 87f	[Post und Telekommunikation] (<i>Haratsch</i>)	762
Art. 88	[Bundesbank] (<i>Haratsch</i>)	765
Art. 89	[Bundeswasserstraßen] (<i>Haratsch</i>)	768
Art. 90	[Bundesautobahnen und Bundesstraßen] (<i>Haratsch</i>)	771
Art. 91	[Innerer Notstand] (<i>Haratsch</i>)	774

VIIIa. Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusammenarbeit

Vorbemerkungen vor Art. 91a (<i>Schenke</i>)	779
Art. 91a [Mitwirkungsbereiche des Bundes bei Länderaufgaben] (<i>Schenke</i>)	782
Art. 91b [Bildungsplanung und Forschungsförderung] (<i>Schenke</i>)	785
Art 91c [Informationstechnische Systeme] (<i>Schenke</i>)	789
Art 91d [Leistungsvergleiche] (<i>Schenke</i>)	794
Art 91e [Grundsicherung für Arbeitsuchende] (<i>Schenke</i>)	795

IX. Die Rechtsprechung

Art. 92	[Rechtsprechende Gewalt] (<i>Haratsch</i>)	799
Art. 93	[Bundesverfassungsgericht, Zuständigkeit] (<i>Haratsch</i>)	801
Art. 94	[Bundesverfassungsgericht, Zusammensetzung] (<i>Haratsch</i>)	824
Art. 95	[Oberste Gerichtshöfe des Bundes] (<i>Haratsch</i>)	830
Art. 96	[Bundesgerichte] (<i>Haratsch</i>)	833
Art. 97	[Unabhängigkeit der Richter] (<i>Haratsch</i>)	836
Art. 98	[Rechtsstellung der Richter] (<i>Haratsch</i>)	839
Art. 99	[Verfassungstreit innerhalb eines Landes] (<i>Haratsch</i>)	842
Art. 100	[Verfassungswidrigkeit von Gesetzen] (<i>Haratsch</i>)	844
Art. 101	[Recht auf den gesetzlichen Richter; Verbot von Ausnahmerichtern; Sondergerichte] (<i>Sodan</i>)	850
Art. 102	[Abschaffung der Todesstrafe] (<i>Sodan</i>)	856

Inhaltsverzeichnis

Art. 103	[Rechtliches Gehör; Gesetzlichkeit der Strafe; Verbot mehrmaliger Strafverfolgung] (<i>Sodan</i>)	857
Art. 104	[Rechtsgarantien bei Freiheitsbeschränkung und Freiheitsentziehung] (<i>Sodan</i>)	871

X. Das Finanzwesen

Vorbemerkungen vor Art. 104a (<i>Schenke</i>)	879
Art. 104a [Ausgabenverteilung; Lastenverteilung] (<i>Schenke</i>)	891
Art. 104b [Finanzhilfen für bedeutsame Investitionen der Länder] (<i>Schenke</i>)	899
Art. 104c [Finanzhilfen für kommunale Bildungsinfrastruktur] (<i>Schenke</i>)	905
Art. 104d [Finanzhilfen für bedeutsame Investitionen der Länder im Bereich des sozialen Wohnungsbaus] (<i>Schenke</i>)	908
Art. 105 [Gesetzgebungsrecht] (<i>Schenke</i>)	909
Art. 106 [Verteilung des Steueraufkommens und des Ertrages der Finanzmonopole] (<i>Schenke</i>)	917
Art. 106a [Bundeszuschuss für öffentlichen Personennahverkehr] (<i>Schenke</i>)	928
Art. 106b [Landeskompensation Kraftfahrzeugsteuer] (<i>Schenke</i>)	929
Art. 107 [Finanzkraftausgleich; Ergänzungszuweisungen] (<i>Schenke</i>)	930
Art. 108 [Finanzverwaltung] (<i>Schenke</i>)	936
Art. 109 [Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern; Schuldenbremse] (<i>Schenke</i>)	943
Art. 109a [Vermeidung von Haushaltsnotlagen; Stabilitätsrat] (<i>Schenke</i>)	952
Art. 110 [Haushaltsplan des Bundes] (<i>Schenke</i>)	956
Art. 111 [Ausgaben vor Etatgenehmigung] (<i>Schenke</i>)	962
Art. 112 [Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben] (<i>Schenke</i>)	964
Art. 113 [Ausgabenerhöhungen; Einnahmeminderungen] (<i>Schenke</i>)	967
Art. 114 [Rechnungslegung; Bundesrechnungshof] (<i>Schenke</i>)	969
Art. 115 [Kreditbeschaffung] (<i>Schenke</i>)	976

Xa. Verteidigungsfall

Art. 115a [Feststellung des Verteidigungsfalles] (<i>Schmahl</i>)	983
Art. 115b [Übergang der Befehls- und Verteidigungsgewalt] (<i>Schmahl</i>)	987
Art. 115c [Erweiterte Bundesgesetzgebungskompetenz] (<i>Schmahl</i>)	988
Art. 115d [Vereinfachtes Bundesgesetzgebungsverfahren] (<i>Schmahl</i>)	991
Art. 115e [Aufgaben des Gemeinsamen Ausschusses] (<i>Schmahl</i>)	993
Art. 115f [Erweiterte Befugnisse der Bundesregierung] (<i>Schmahl</i>)	995
Art. 115g [Stellung des Bundesverfassungsgerichts] (<i>Schmahl</i>)	997
Art. 115h [Wahlperioden und Amtszeiten] (<i>Schmahl</i>)	998
Art. 115i [Erweiterte Befugnisse der Landesregierungen] (<i>Schmahl</i>)	1000
Art. 115k [Geltung von Gesetzen und Rechtsverordnungen des Verteidigungsfalles] (<i>Schmahl</i>)	1002
Art. 115l [Aufhebung von Maßnahmen und Beendigung des Verteidigungsfalles] (<i>Schmahl</i>)	1003

Inhaltsverzeichnis

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 116	[Begriff des „Deutschen“; nationalsozialistische Ausbürgerung] (<i>Schmahl</i>)	1007
Art. 117	[Übergangsregelungen zu Art. 3 II und Art. 11] (<i>Sodan</i>)	1014
Art. 118	[Neugliederung der badischen und württembergischen Länder] (<i>Leisner</i>)	1015
Art. 118a	[Neugliederung Berlins und Brandenburgs] (<i>Leisner</i>)	1015
Art. 119	[Flüchtlinge und Vertriebene] (<i>Leisner</i>)	1016
Art. 120	[Kriegsfolge- und Sozialversicherungslasten; Ertragshoheit] (<i>Schenke</i>)	1016
Art. 120a	[Lastenausgleich] (<i>Schenke</i>)	1020
Art. 121	[Mehrheit des Bundestages und der Bundesversammlung] (<i>Leisner</i>)	1022
Art. 122	[Bisherige Gesetzgebungskompetenzen] (<i>Haratsch</i>)	1023
Art. 123	[Fortgeltung des alten Rechts] (<i>Haratsch</i>)	1024
Art. 124	[Altes Recht aus dem Gebiet der ausschließlichen Gesetzgebung] (<i>Haratsch</i>)	1026
Art. 125	[Altes Recht aus dem Gebiet der konkurrierenden Gesetzgebung] (<i>Haratsch</i>)	1027
Art. 125a	[Fortgeltung von Bundesrecht; Ersetzung durch Landesrecht] (<i>Haratsch</i>)	1028
Art. 125b	[Fortgeltung von Bundesrecht; abweichende Regelungen durch die Länder] (<i>Haratsch</i>)	1031
Art. 125c	[Fortgeltung von Bundesrecht auf dem Gebiet der Gemeinde-verkehrsfinanzierung und der sozialen Wohnraumförderung] (<i>Haratsch</i>)	1034
Art. 126	[Streit über das Fortgelten des alten Rechts] (<i>Haratsch</i>)	1036
Art. 127	[Recht des Vereinigten Wirtschaftsgebietes] (<i>Haratsch</i>)	1037
Art. 128	[Fortbestehen von Weisungsrechten] (<i>Haratsch</i>)	1038
Art. 129	[Fortgeltung von Ermächtigungen zu Rechtsverordnungen] (<i>Haratsch</i>)	1039
Art. 130	[Überleitung von Verwaltungs- und Rechtspflegeeinrichtungen] (<i>Haratsch</i>)	1040
Art. 131	[Frühere Angehörige des öffentlichen Dienstes] (<i>Leisner</i>)	1042
Art. 132	[Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst] (<i>Leisner</i>)	1043
Art. 133	[Rechtsnachfolge, Vereinigtes Wirtschaftsgebiet] (<i>Haratsch</i>)	1044
Art. 134	[Rechtsnachfolge in das Reichsvermögen] (<i>Schenke</i>)	1044
Art. 135	[Vermögen bei Änderung des Gebietsstandes] (<i>Schenke</i>)	1047
Art. 135a	[Verbindlichkeiten des Reichs und anderer Körperschaften] (<i>Schenke</i>)	1049
Art. 136	[Erster Zusammentritt des Bundesrates] (<i>Leisner</i>)	1052
Art. 137	[Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes] (<i>Leisner</i>)	1052
Art. 138	[Süddeutsches Notariat] (<i>Leisner</i>)	1054
Art. 139	[Entnazifizierungsvorschriften] (<i>Leisner</i>)	1054

Inhaltsverzeichnis

Art. 140 [Übernahme von Artikeln der Weimarer Verfassung] (<i>Schmahl</i>)	1055
Art. 136 WRV [Religionsunabhängigkeit von Rechten und Pflichten] (<i>Schmahl</i>)	1056
Art. 137 WRV [Religionsgesellschaften] (<i>Schmahl</i>)	1058
Art. 138 WRV [Staatsleistungen; Kirchengut] (<i>Schmahl</i>)	1071
Art. 139 WRV [Sonn- und Feiertagsruhe] (<i>Schmahl</i>)	1073
Art. 141 WRV [Religiöse Handlungen in öffentlichen Anstalten] (<i>Schmahl</i>)	1075
Art. 141 [Religionsunterricht] (<i>Schmahl</i>)	1076
Art. 142 [Landesgrundrechte] (<i>Sodan</i>)	1077
Art. 143 [Sondervorschriften für neue Bundesländer und Ost-Berlin] (<i>Haratsch</i>)	1081
Art. 143a [Übergangsvorschriften für Bundeseisenbahnen] (<i>Haratsch</i>) ..	1083
Art. 143b [Umwandlung der Deutschen Bundespost] (<i>Haratsch</i>)	1084
Art. 143c [Übergangsvorschriften wegen Wegfalls der Finanzhilfen durch den Bund] (<i>Schenke</i>)	1086
Art. 143d [Übergangsregelungen zur Schuldenbremse] (<i>Schenke</i>)	1087
Art. 143e [Übergangsvorschriften für Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen] (<i>Haratsch</i>)	1091
Art. 143f [Bedingtes Außerkrafttreten des Art. 143d sowie der aufgrund des Art. 107 Abs. 2 erlassenen Gesetze] (<i>Schenke</i>) .	1093
Art. 143g [Übergangsregelungen Art. 107 a.F.] (<i>Schenke</i>)	1094
Art. 144 [Annahme des Grundgesetzes] (<i>Schmahl</i>)	1096
Art. 145 [Inkrafttreten des Grundgesetzes] (<i>Schmahl</i>)	1098
Art. 146 [Geltungsdauer des Grundgesetzes] (<i>Schmahl</i>)	1099
Stichwortverzeichnis	1103

